

Nietzsche und Sorel bis Carl Schmidt anzuknüpfen. Sie verachten die Dekadenz einer „bürgerlichen Klasse“, die in der Globalisierung, aber auch aufgrund der Zugeständnisse an die Arbeiterklasse in der postfaschistischen Periode des Fordismus und der Systemkonkurrenz ihre Fähigkeit verloren hat, auf die Herausforderungen und Krisen der Gegenwart - mit anderen Worten: auf die Bewältigung eines notwendigen Ausnahmezustands“ - erfolgreich zu reagieren. Die Linke kann sich nicht darauf beschränken, ihre Antwort auf diese Herausforderungen auf das Projekt „rot-tot-grün“ innerhalb der parlamentarischen Ordnungen zu konzentrieren. Nach Gramsci bildet das „Interregnum“ eine krisenhafte Übergangsperiode, in der „das Alte stirbt, und das Neue nicht zur Welt kommen kann“. Die Linke muss in ihren verschiedenen Abteilungen - soziale Bewegungen, Gewerkschaften, politischer Organisation - lernen, den Kampf gegen die Welle des Rechtspopulismus (mit seinen autoritären „Staatsprojekten“) mit einer klaren sozialistischen Option, d.h. mit der Programmatik eines sozialistischen Projektes zu begleiten. Dabei stellen sich viele neue und offene Fragen, um deren Beantwortung nicht nur in der praktischen Politik und in den Kämpfen gerungen wird, die heute überall auf der Welt in den Krisen und Konflikten des kapitalistischen Empire ausgetragen werden. Es bedarf auch einer intensiven theoretischen Arbeit und wissenschaftlicher Erkenntnisse. Das sozialistische Projekt muss von einem „Block sozialer, politischer, kultureller - auch intellektueller - Kräfte“ getragen werden, die eine „neue Klassenpolitik“ verfolgen. Im Kampf gegen Ausbeutung, Ungleichheit, politische Unterdrückung und Entfremdung müssen sich die „Konfliktachsen Ethnie/Nationalität, Geschlecht und ökologische Nachhaltigkeit“ mit den klassischen Themen im Bereich der Verteilung wie der notwendigen Vergesellschaftung von Privateigentum verschränken.

*Frank Deppe*

(Der Text ist entnommen dem Aufsatz: Frank Deppe, Überlegungen zum Charakter der politischen Krise, in: Z, Nr. 117, März 2019, S. 15-35)

Einladung  
zu einem

Lehr-/Lernhaus-Wochenende

**Erzählungen und Alltagsleben**

**Zur Erinnerungskultur der Matthäus-Gemeinschaft  
unter den Bedingungen des Imperium Romanum**

Freitag, 13. März 2020, 18:00 Uhr  
bis Sonntag, 15. März 2020, 13.00 Uhr

Ev. Jugendbildungsstätte am Frauenberg,  
Alter Kirchweg 37, 36251 Bad Hersfeld.

Kosten: ca. 100,— €

Anmeldungen bis zum 1. März bei Hartmut Futterlieb, Zur Linde 9, 36251 Bad Hersfeld, Tel.: 06621-74905; mail: hartmut.futterlieb@t-online.de

Das Intensivseminar 2020 findet statt am Freitag, 9. Oktober 2020, 18:00 Uhr bis Sonntag, 11. Oktober 2020, 13.00 Uhr in Bad Hersfeld



# Cfs—Circular

## 4 2019

ChristInnen für den Sozialismus

### Inhalt:

Ziviler Ungehorsam	S. 1
S. 1	
Fundsache	S. 2
Im Geiste Jesu	S. 3
Das Bleibende: CpS in Chile	S. 4
Wortmeldung	S. 9
Flügelzangenblick	S. 12
Intensivseminar 2019	
Arbeitsgruppen	S. 13
Ein sozialistisches Projekt	S. 15

### Cfs

Büro:  
Hartmut Futterlieb  
Zur Linde 9  
36251 Bad Hersfeld  
Tel.: 06621-74905  
E-Mail: Hartmut.Futterlieb  
@t-online.de

Konto Cfs:  
IBAN:  
DE05 5009 0500 0301 5629 41  
BIC:  
GENODEF1S12

Verein zur Förderung und Er-  
forschung der lateinamerikani-  
schen Theologie  
Konto: DE89 2001 0020 0094  
9782 03  
BIC: PBNKDEFF

### Weihnachtsbotschaft: Ziviler Ungehorsam

Es ist eine konsequente und daher konsequente Haltung, die im reichen Norwegen für Diskussionsstoff sorgt, wo - ähnlich wie in Dänemark - die konservative Regierung unter dem Druck der rechtspopulistischen Fortschrittspartei die Asylgesetzgebung verschärft und restriktiv handhabt.

Bischof Gunnar Stalsett, Ex-Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes - er traute 2001 Kronprinz Haakon und Prinzessin Mette-Marit - hat öffentlich „Selbstanklage“ erhoben, weil er eine seit 19 Jahren nur geduldete Eritreerin als Haushaltshilfe beschäftigt und so bezahlt hat, dass ihr Existenzrecht ermöglicht wurde. Denn den „Geduldeten“ wird in Norwegen die Steuerkarte entzogen, so dass sie keine legale Möglichkeit mehr haben, eine Arbeit aufzunehmen. So werden sie in Armut und Verelendung gedrängt, verlieren Arbeit und Wohnung.

Die Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben. Noch vor Weihnachten soll der Bischof zu 45 Tagen Haft ohne Bewährung verurteilt werden. Er hat sich strafbar gemacht, weil er einem Menschen ohne Arbeitserlaubnis und ohne Zugang zum Sozial- und

Gesundheitssystem Lohn gezahlt hat. Der Bischof hat seine Tat bewusst veröffentlicht und wird sie zur Weihnachtszeit vor Gericht verteidigen. Es ist also eine etwas andere „Weihnachtspredigt“, der die Regierungsparteien mit einer gewissen Furcht entgegensehen; denn Bischof Stalsett ist ein angesehener und beliebter Mensch. „Es geht hier um eine Form von zivilem Ungehorsam“, sagte er, „Er richtet sich gegen eine amoralische Ordnung. ... Barmherzigkeit ist eine politische Möglichkeit.“

*Hartmut Futterlieb*

## Fundsache

*(Ein Flugblatt aus den siebziger Jahren, immer noch aktuell und immer noch zu aktualisieren)*

**„Es geht, so meine ich, nach wie vor um die Frage, wer der Gott sei, und nicht um die Frage, ob denn überhaupt ein Gott sei. Die faktische Existenz Gottes, das heißt: die faktische Existenz dessen, was meint, auf unsere unbedingte Gefolgschaft einen ebenso unbedingten Anspruch zu haben, ist unbestreitbar. Die Existenz der Atombombe zeigt dies deutlicher als alles andere: wer meint, zur Verteidigung irgendeines Gutes die Vernichtung aller Güter und aller Menschen in Kauf nehmen zu können, glaubt an einen Gott, der barbarischer und grausamer ist als der alte Moloch im Hinnomtal Jerusalems, dem Könige Kinderopfer brachten. Daß der Kult dieses modernen Gottes weitgehend am Bewußtsein der Menschen vorbei organisiert wird, macht ihn effektiver als der traditionelle Kult je gewesen ist. Je anonym der Gott, desto gnadenloser und uneingeschränkter seine Herrschaft. Der Baal lebt, und es ist die Aufgabe der Theologie, die Frage zu stellen, ob der Baal weiterhin der Gott sein soll. Es ist ihre einzige Aufgabe; alles, was sie sonst an Disziplinen treibt, Geschichte, Sprachwissenschaft,**

## Ein sozialistisches Projekt gegen nationalistischen Autoritarismus

Die Überlegungen zur politischen Krise unterstützen die These vom Epochenwandel bzw. des Übergangs in eine krisenhafte Periode des „Interregnums“. Diese zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass die ökonomisch herrschende Klasse und ihre Fraktionen - auf der Ebene der Nationalstaaten wie im System der „global Governance“ - mehr und mehr die Fähigkeit zur Kontrolle der ökonomischen und politischen Herausforderungen, Krisen und Widerspruchskomplexe verlieren. Sie verfügen auch nicht über ein hegemoniales Staatsprojekt, das im Block an der Macht Koalitionen mit anderen Klassen und Klassenfraktionen - gleichzeitig internationale Allianzen mit der Fähigkeit zum globalen Krisenmanagement - ermöglicht. Die vielfach beschworene Ratlosigkeit der Politik reflektiert dieses grundlegende Dilemma. Dabei wird das Krisenbewusstsein der Zeit nicht durchökonomische Einbrüche bestimmt: Die Weltwirtschaft hat sich nach der Krise von 2008 dynamisch entwickelt. Das ökonomische System des globalen Kapitalismus, das sich auf die Weltkonzerne, die Finanzmärkte (mit dem US-Dollar als entscheidender Ankerwährung) und die Macht des amerikanischen Staates stützt, wurde noch ausgebaut. Die Schattenseiten der ökonomischen Prosperität erscheinen im langfristigen Sinken des Anteils der USA am globalen BIP, vor allem aber im „Niedergang der Gesellschaft...mit besonders mittelmäßigen Werten bei Umweltqualität, Ernährung und medizinischer Grundversorgung sowie beim Zugang zum Basiswissen...“. Allerdings haben zahlreiche Länder viel länger als die USA, Deutschland und einige Staaten im Norden der EU gebraucht, um sich von den Folgen der Krise ökonomisch zu erholen. Für Italien wird schon Anfang 2019 schon wieder ein Rückfall in eine Rezession gemeldet.

Die Produktion des Reichtums im Wertmaßstab hat sich enorm beschleunigt. Die „digitale Revolution“ verändert nicht nur die Kommunikationssysteme, sondern auch die Systeme der Produktion, der Arbeit und der Massenkultur. Überall eröffnen sich Potenziale für „gutes Leben“ und „gute Arbeit“; gleichzeitig nehmen die Spaltungen zwischen unten und oben, zwischen Armut und Reichtum, zwischen Gier und Verschwendungssucht der Reichen und dem Elend der Marginalisierten zu. Die Politik des „muddling through“ (Durchwursteln) vermag nur schlecht jene pessimistischen Prognosen zu überdecken, die das „Interregnum“ als Übergang in ein neues „Zeitalter der Katastrophen“ fürchten. Dass die „Jeunesse dorée“ der herrschenden Klasse (und der ihr aggregierten Kulturindustrie, zu denen auch die Welt der Mode und der Sport gehören) nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ lebt und feiert, erinnert manche an vorrevolutionäre Perioden in der europäischen Geschichte. Der Genuss des Reichtums durch die Herrschenden bei gleichzeitigem Verlust der gesellschaftlichen und politischen Hegemoniefähigkeit - im Sinne von Kontrollverlust und Ratlosigkeit - charakterisiert eine Kultur der Dekadenz. Machiavelli schrieb - in Florenz - im frühen 16. Jahrhundert gegen diese Tendenz an - übrigens wenig erfolgreich; denn die Gründung eines italienischen Staates erfolgte gut 350 Jahre später! Die sog. Fin-de-Siècle-Krise am Ende des 19. Jahrhunderts wurde von Intellektuellen thematisiert, die - wie z.B. Friedrich Nietzsche - angesichts der „Blüte“ des Kapitalismus, einer dekadenten Bourgeoisie („Couponschneider“) und des Aufschwungs der sozialistischen Arbeiterbewegung in Europa einen anti-bürgerlichen Radikalismus vertraten. Sie verachteten eine bürgerliche Klasse, die ihren Reichtum vermehrte und genoss, aber nicht mehr in der Lage schien, den großen Herausforderungen durch den Sozialismus zu begegnen.

Heute versuchen völkisch-nationalistische Ideologien, an diese Denkschulen (von



AG 2: „Krieg um die Köpfe“ - Die Einschreibung der kapitalistischen Ideologie ins Alltagsbewusstsein“

„Cambridge Analytica“ ist ein Firma in Großbritannien gewesen, die sich auf die digitale Erfassung von Meinungsforschungsdaten spezialisiert hat. (Sie hat Konkurs angemeldet; aber es gibt Nachfolgefirmen) Subjektive Meinungsdaten von Wählergruppen werden ausgewertet und gezielt als Material verwendet, um konservative Wahlkampagnen (z.B. Trump, Bolsenaro usw.) durchzuführen. Als Wahlspruch könnte man nennen: Nicht auf Parteiprogramme oder sachliche politische Analysen kommt es an, sondern die Wähler werden manipuliert durch das Schüren von Ängsten und Hass und durch die Verstärkung von Gefühlen wie Egoismus und „Sehnsucht nach dem ‚starken Mann‘“. Rationalität bleibt dabei auf der Strecke.

Systematik usw. ist nur Vorarbeit, damit diese Frage gestellt werden kann. Das ist freilich nur die eine Seite. Die andere Seite besteht in der Entwicklung des Vermögens, den Baal zu identifizieren. Die politische Praxis ist der einzige Raum, in dem dieses Vermögen entwickelt werden kann. Ohne dieses Vermögen ist Theologie belanglos. Was nützt es, über die Alternative Baal oder ER zu reden, wenn man nicht weiß, wie sich der Baal in unseren Tagen manifestiert, wie er Gefolgschaft für sich in Anspruch nimmt, wie diese Gefolgschaft organisiert ist und wer seine gegenwärtigen Kultfunktionäre sind.“

Ton Veerkamp

(aus: Die Vernichtung des Baal. Auslegung der Königsbücher. Alektor Verlag Stuttgart)

### Im Geiste Jesu

Im Geiste Jesu bewegt sich der Papst,  
 wo bleibt die Jesus-Bewegung?  
 Zehntausende stehen auf dem Petersplatz,  
 werden gesegnet,  
 werden sie anderen zum Segen sein?  
 Der Papst spricht wahre Worte,  
 die nach wahrhaften Taten verlangen.  
 Tun wir sie?  
 Sursum corda, hoch die Herzen!  
 Werden die unten sind es zu spüren bekommen?  
 Franziskus geht voran,  
 hat er nicht wenigstens einen Franziskaner bei sich?  
 So viele Fragen, so wenige Antworten.

Dick Boer

## Das Bleibende

### Was waren die „Cristianos por el socialismo“ CPS

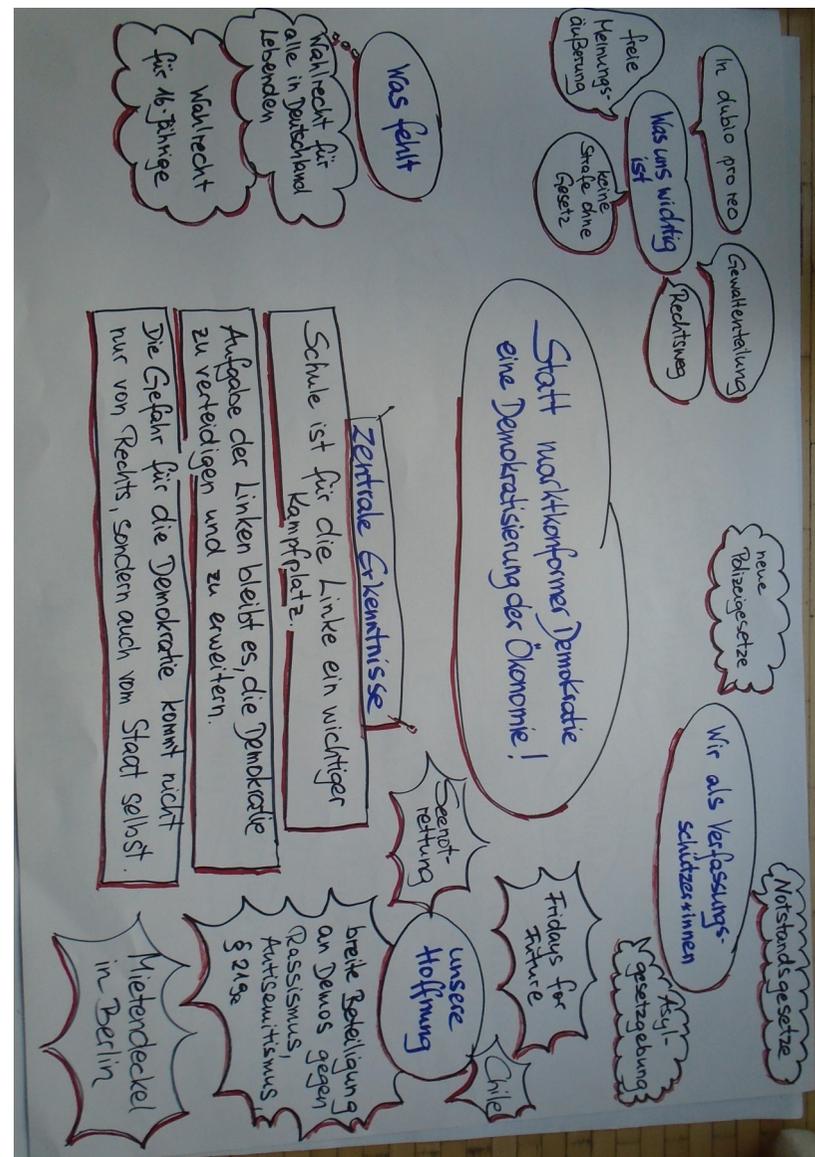
CpS: Eine große Fantasie?

Eine große Fantasie nannte Hugo Vilela in einem Gespräch mit mir (MR) die CpS, wie sie im Buch von Pablo Richard 1976 beschrieben wurde: Es sei lediglich ein besonderer Moment eines sich teilweise radikalisierenden Klerus im Umfeld der Unidad Popular gewesen. Tatsächlich haben viele meiner interviewten Mitbegründer der Bewegung diese Einschätzung in gewissem Sinne bestätigt. Die CpS waren nicht die durchstrukturierte und organisierte Organisation mit fast parteiähnlichen Strukturen und Positionen wie Exekutivkomitee, Organisationskomitee, Generalsekretär etc., die mit Basisgruppen in fast allen Städten und Provinzen Chiles in den Jahren der Unidad Popular aktiv und präsent gewesen wären.

Viele von den Befragten haben CPS im Grunde als das Ereignis eines Kairos beschrieben. In der theologischen Sprache ist ein Kairos ein günstiger Moment, der Moment einer Entscheidung, der man sich nicht entziehen darf, will man ihre Möglichkeiten nicht verstreichen lassen. Die Jahre der UP waren Moment einer selbstverständlichen, ja für viele gar nicht hinterfragten Entscheidung: für eine neue, ganz andere Gesellschaft der Solidarität und Gerechtigkeit.

Die CPS waren eine Bewegung und Organisation im Entstehen. Was zunächst widersprüchlich erscheint: Organisation und Bewegung zugleich zu sein, entsprach aber der historischen Wirklichkeit. Aus der „Gruppe der 80“ war ein kleiner organisatorischer Kern entstanden, der vor allem in Santiago aktiv war: zunächst informell und unter Nutzung der Infrastruktur des Gemeindebüros in San Bernardo, später dann in der Calle Francisco im Zentrum Santiago de Chiles in den Räumen der Traperos de Emaus. Es war die Arbeit einer überschaubaren Zahl einzelner Menschen, katholischer Priester und Priesteramtskandidaten, die sich dem Kairos entschieden zugewandt hatten. Unter ihnen Gonzalo Arroyo, der zu Beginn eine ideologische Führungsrolle einnahm, Guillermo Redington, der über die ganze Zeit - wie Hernan Leemrijse sagte - in deutscher Disziplin das Büro „schmiss“, Rundbriefe verschickte, Materialien verteilte, Geld einsammelte. Da war Hernan Leemrijse, der mit seinen Mitbrüdern in SanBernando arbeitete, die Wohngemeinschaft um den späteren Generalsekretär Martín Gárate, den theologischen Denker Diego Irrarazaval und den Priesterkandidaten Mauricio Laborde.

Zugleich war CPS aber viel mehr als diese entschiedene Gruppe in Santiago. Es gab sie wirklich, die Gruppen und Zusammenhänge an vielen Orten in



Intensivseminar 2019: „Europa rückt nach rechts. Braucht der Kapitalismus noch die Demokratie?“

Plakat AG 1: Die Linke und die Demokratie....

## Flügelzangenpolitik

Ach,  
wie leicht  
sich früher doch die Verhältnisse  
mit links begreifen ließen:  
Kapital und Arbeit,  
Kampf und Agitation,  
Theorie und Praxis,  
Reform und Revolution.

Da musste man nur noch ableiten:  
den jeweils neuen Kapitalismus, die Löhne,  
die Kampfes-Stimmung, die eigenen Wehwehchen.

So war das mit den polit-theoretischen Flügelzangen.  
Heißgeliebte Instrumente.  
Und heute?

Die Flügelzangen haben sich  
aufgelöst -  
in ein Großes-Ganzes,  
das sich in der Bewusstlosigkeit sonnt,  
in der es verehrt wird.

In den Wert, der zwingend um sich selbst kreist,  
zu knallhartem Wachstum und elender Krise treibt,  
Opfer einfordert,  
ein eigenes Instrument hat:  
Gebrauchswert und Tauschwert,  
zusammen ein hölzernes Eisen.

Dies hölzerne Eisen machte sich selbstständig,  
so dass es zum mächtigen Rätsel der Geschichte wurde.  
Als solches verleibt es sich alles ein, macht alles gleich,  
wie der Tod, und ruht und rastet nicht,  
bis...

...die Revolution kommt  
oder das Reich Gottes  
oder der Menschensohn,  
keinem Prinzip, Wert, Maß und keiner Zeit  
untertan -  
wie die Liebe,  
die sich verschenkt  
und aufersteht.

*Martin Block*

Chile. Darauf verweisen die großen TeilnehmerInnenzahlen z.B. des internationalen Treffens in Santiago vom 23. -30. April des Jahres 1972 mit weit über 400 TeilnehmerInnen, das nationale Treffen vom 24. - 26. November im Padre Hurtado in Santiago oder die Veranstaltung zum Bildungssystem am 04. April 1973 mit fast 500 TeilnehmerInnen. Der Mitbegründer der CPS Sergio Torres und damalige Generalvikar in der kleinen Diözese in Talca im Süden Chiles sprach davon, dass 70 % der Priester auf seiner Seite standen. Natürlich lässt sich diese Zahl nicht verifizieren, aber sie zeigt doch an, wie die Plausibilitäten der damaligen Zeit verteilt waren. Mario Garcés spricht davon, dass in Concepción bei CPS-Veranstaltungen 5-600 Menschen teilnahmen, von denen eine große Anzahl gar keine Kleriker oder Ordensmitglieder waren, die sich aber als CPS verstanden. Auch in Valparaíso und an vielen anderen Orten gab es eine eigene Geschichte der Kirche, die als Bewegung der CPS bezeichnet werden kann. Es gab also diese Bewegung der CPS, deren politische Artikulationen, die im ganzen Land zu hören waren, tatsächlich stark von Santiago, d.h. vom Büro und den um das Büro herum organisierten, interessierten und engagierten Menschen bestimmt waren.

Was bleibt?

Die Intellektuellen bei der CPS jedenfalls gehörten zu den Ersten, die für die Theologie die Verwendung der Sozialwissenschaften, explizit der marx-schen Kapitalanalyse, nicht nur für angemessen, sondern für notwendig hielten. Die jeweilige Gesellschaftssituation zu erkennen, erfordert den Einsatz sozialwissenschaftlicher Methoden: Das theologische Denken, so auch später die (Befreiungs-)theologie, geht von der Frage nach der sozialen Geschichtlichkeit und ihrer strukturellen Gegebenheiten unter der Perspektive des biblischen Themas der Befreiung aus. (1) Dieser Ausgangspunkt allerdings ist kontextuell und historisch nicht beliebig. Er schließt vielmehr die bis dahin als Referenzwissenschaften geltende Philosophie als alleinigen, idealistischen und ahistorischen Maßstab aus.

Was ist Politik?

Politik als „Ergreifung der Staatsmacht“ oder als „die Gestaltung der Wirklichkeit des Volkes“. (2) Im Grunde kritisiert Fernando Castillo die Form der Politik als Kampf um die Staatsmacht als eine reduzierte und die Volksorganisationen, d.h. auch die Basisgemeinden in den Poblaciones instrumentalisierende Form von Politik.

In den unterschiedlichen Argumentationsfiguren der CPS zur Frage des Ortes politischen Engagements haben die CPS immer wieder betont, dass es in erster Linie darum ginge, sich in den Organisationen des Volkes (3), in den politischen Organisationen wie Gewerkschaften, in den Nachbarschaftsiniti-

ativen, bei Landbesetzungen oder in der JAPS zu organisieren. Und insofern gehörten natürlich auch politische Parteien zu den möglichen Praxisorten eines christlichen Engagements dazu. Das scheint mir für die Zeit der UP auch insofern plausibel, als es in dieser Zeit natürlich auch und besonders um den Kampf um die Staatsmacht ging. Im Grunde aber wäre natürlich das Misstrauen gegenüber dem Prinzip „Partei“ zu überprüfen, vor allem inwieweit das Misstrauen gegenüber politischen Parteien schon in der Zeit der „Unidad Popular“ Anhaltspunkte in der Realität hatte.

Fazit: Denn bei dieser Fokussierung der Beurteilung von Parteien bleibt die Frage nach der angemessenen politischen Organisationsform gegen Unrechts- und Gewaltverhältnisse unbeantwortet. Ich möchte darauf hinweisen, dass sich in einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Prinzip „Partei“ bis heute mehrere Problematiken verbergen. Da ist zum einen das Verständnis der Partei als einer Avantgarde mit einem Führungsanspruch, der historisch nur allzu schnell in undemokratische Strukturen geführt hat, wie die Geschichte der bolschewistischen Kommunisten zeigt. Aber dahinter verbirgt sich auch die Frage, ob jeder Anspruch einer Avantgarde per se in die Instrumentalisierung der Menschen führen muss (4). Da ist zum anderen die Frage der Organisation einer Linken, die sich eben auch nicht dauernd im „vopolitischen Feld“ der ausschließlich sozialen Praxis und Bewusstseinsbildung bewegen kann, und die Frage der Macht und die Frage der Ergreifung der Macht oder einer anderen Form der Organisation gesellschaftlicher Machtverhältnisse ignorieren oder auslagern kann. Wenn wir auch wissen, dass bestimmte Formen der politischen Organisierung und Machtstrukturen unangemessen sind, so wissen wir doch auch, dass gerade heute eine Antwort auf die Frage nach der angemessenen Organisation unserer Gegenmacht in der Vielfalt der Proteste und Widerständigkeiten, im Aufflammen und Verlöschen des Widerspruchs noch aussteht. Deshalb sollten wir es uns auch mit der Beurteilung bzw. Verurteilung der CPS und ihrer Bereitschaft, sich auf Parteien einzulassen, nicht allzu einfach machen.

### **Ekklesiologie**

Ob es der CPS wirklich gelungen ist, die Plausibilität einer Kirche an der Seite der Mächtigen zu durchbrechen und die offizielle Kirche wenigstens unter erheblichen Begründungszwang zu stellen, wo es um die Kritik und Zurückweisung der „Unidad Popular“ ging?

Dies wurde im Zuge der zunehmenden Auseinandersetzungen um einzelne Priester, aber auch im Zuge der gesellschaftlichen Auseinandersetzung beispielsweise um das Bildungssystem immer deutlicher. Mit jeder Begründungsfigur, weshalb ChristInnen auf der Seite der „Unidad Popular“ stehen können, ja sogar müssen, wurde der ekklesiologische Streit manifester. Die Frage nach neuen Formen symbolischen Ausdrucks und neuen Formen des

hätte, wenn im Herzen Europas zwei deutsche Staaten im friedlichen Miteinander „neues Denken“ praktiziert hätten. Das wäre tatsächlich friedlich-revolutionäres Handeln gewesen. Es wäre zugleich ein Zeichen dafür gewesen, dass Deutschland den Weg endgültig verlassen hat, den es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingeschlagen hatte. So wurde es ein Systemwechsel, der - immerhin eine Ausnahme in unserer Geschichte - friedlich blieb, weil die Inhaber staatlicher Gewalt diese nicht zu ihrem Schutz gebrauchten.

Der „Konziliare Prozess“ hat seither in Deutschland und offenbar auch in der Ökumene an Kraft verloren. Die Versuche, ihn zu reanimieren, waren bisher vergeblich. Hängt das vielleicht mit der misslungenen „Wegweisung“ und „Wegbereitung“ im Herbst 1989 zusammen? Sich der Frage ernsthaft zu stellen, sollt Vorrang vor allem Feiern haben.

Die Aufgabe ist unumgänglich. Es geht darum, die Rolle des Konziliaren Prozesses im Gründungsnarrativ der Berliner Republik von der „Friedlichen Revolution in der DDR“ kritisch zu hinterfragen. Es geht auch darum, zu fragen, inwieweit der Vorrang des Nationalen im Beitrittsgeschehen den Nationalismus und eine gefährliche Tendenz zur politischen Rechten gefördert haben. Es geht vor allem um die Frage, ob es nicht unausweichlich ist, sozialistische Ideen und Strukturen erneut und neu gedacht in Anspruch zu nehmen, damit „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ eine Chance haben können.

Im Blick auf die XI. Vollversammlung des ÖRK, 2021 in Karlsruhe, wäre das ein guter Beitrag der ökumenischen Basisgruppen in Deutschland. Und im übrigen geht es dabei auch um Aufrichtigkeit gegenüber den Schülerinnen und Schülern, die in jugendgemäßer Kompromisslosigkeit das Ende des Kapitalismus durch einen Systemwechsel anderer Art fordern, als er 1989/1990 geschah.

Berlin, 27. Oktober 2019

(1) ACK, Einladung zum Symposium 27. 3. 2019

(2) Stephen Brown, Von der Unzufriedenheit zum Widerspruch...; Lembeck 2010

(3) Michael Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und die ganze Welt; Berlin 1987, S. 250

(4) <https://www.ddr89/texte/land.html>; 28.9.2019

(5) <https://www.ddr89.de/d/land.html>; 28. 9. 2019

(6) Jürgen Kuczynski: Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel; Berlin 1996, S. 109

schaft des „Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“. Deren reales Sozialismus-Modell erwies sich als der Realität des Kalten Krieges nicht gewachsen. Wie realisierbar das „neue Denken“ im Sinne Gorbatschows, die „Perestroika“ in der Sowjetunion und die Utopie „Europa ist unser gemeinsames Haus“<sup>(3)</sup> gewesen ist, ist umstritten. Das Geschehen in der DDR im Herbst 1989 mit der Öffnung der Mauer war nicht ausschlaggebend für die nachfolgende Verwestlichung des politischen Osteuropas. Aber es hatte eine kraftvolle Symbolwirkung, weil hier die Systemgrenze ein Land und seine Hauptstadt, eine europäische Metropole, zerteilte. Der Mauerfall hat sich weltweit in das kollektive Gedächtnis als Dammbruch eingepägt.

Wenn die Ökumenische Versammlung im Rahmen des Konziliaren Prozesses wirklich „Wegweiser“ und „Wegbereiter“ für den Systemwechsel war, dann hat sie den Weg geebnet für das, wogegen das ökumenische Programm mobil machen wollte. Es kann zu Recht geltend gemacht werden, was geschah, sei nicht die Absicht der EinberuferInnen der „Ökumenischen Versammlung“ und ProtagonistInnen des Konziliaren Prozesses in der DDR gewesen. Dafür steht unter anderem der inzwischen legendäre Aufruf „Für unser Land“. Er wurde vom damaligen Pfarrer der Niederländischen Ökumenischen Gemeinde in der DDR, Dick Boer, initiiert, von reformbereiten Vertretern der Opposition, der Kirche und der SED - Konrad Weiß, Günter Krusche, Dieter Klein - sowie von Christa Wolf formuliert, und von 1,17 Millionen DDR-BürgerInnen unterzeichnet. Er forderte statt der drohenden Vereinnahmung durch die Bundesrepublik „eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“<sup>(4)</sup>. Das positive Echo aus der BRD war überschrieben: „Für euer Land, für unser Land“, und es trug unter anderem die Unterschriften von Heinrich Albertz, Luise Rinser, Robert Jungk, Dorothee Sölle und Helmut Gollwitzer.<sup>(5)</sup> Was geschah, war nicht gewollt, fand aber bald die Zustimmung einer breiten Mehrheit.

Jürgen Kuczynski, der schöpferischste und wohl auch kenntnisreichste deutsche Wirtschaftshistoriker des vorigen Jahrhunderts, ein unermüdlicher Querdenker des Sozialismus, schrieb 1997 rückblickend: „Ich meine, der ‚Reale Sozialismus‘ hätte nur durch eine radikale Reform, so wie die Menschen sie in der DDR im Oktober 1989 forderten, gerettet werden können - aber in einer Welt, in der der Kapitalismus, insbesondere in der BRD, noch so stark war? Ich glaube, es ist vielleicht eine Illusion, dass das westdeutsche Kapital eine friedliche radikale Reform in der DDR zugelassen hätte.“

In der Tat, nicht auszudenken, welche starke Symbolwirkung es gehabt

Zusammenlebens von ChristInnen, des Gebetsausdrucks und der intellektuellen Auseinandersetzung (Kommission 8 und 9 des lateinamerikanischen Treffens) war bei den CPS durchaus präsent, aber von der Entscheidung für eine soziale und politische Praxis in der konkreten Situation Chiles überdeckt. Vielleicht kann man im Blick auf die Versuche der Bildung von revolutionären Basisgemeinden wie z.B. in Copiapó, in der Gemeinschaft der Población Poble de Rokha (in La Granja), der Comunidad Quillilota de Cristianos por el Socialismo oder der Comunidad de Cristianos Revolucionarios in Valparaíso und ihrem Versuch der christlichen Reflexion des politischen Engagements und einer entsprechenden Lebensführung von „kleinen Ekklesiologien“ sprechen. Aber halten wir fest: Die selbst gestellte Aufgabe der CPS bestand darin, sich praktisch an die Seite des Volkes, d.h. der Menschen in den Poblaciones, in den Fabriken und auf dem Land zu engagieren und zugleich auch theoretisch zu zeigen, dass dieses Engagement von der christlichen Tradition gedeckt ist. Der christliche Glaube wurde einfach als „kritische Kraft, die den Menschen für die Zukunft als Zukunft der Freiheit öffnet“ verstanden, wie es im Unterstützerbrief der Professoren zur Erklärung der Gruppe der 80 geheißen hatte.

### **Internationalismus**

Eine bis heute nicht zu unterschätzende Bemühung der CPS war der Versuch einer internationalen, oder im politischen Sinne internationalistischen Organisation der linken ChristInnen in Lateinamerika. Dass es sich dabei um ein internationalistisches Treffen handelte, zeigte sich schon daran, dass es eine Vorbereitungsgruppe gab, die nicht nur aus der chilenischen CPS zusammengesetzt war. Auf dem großen Treffen in Santiago kamen nicht nur Menschen aus allen lateinamerikanischen Ländern und den in den Jahren zuvor in vielen Ländern entstandene Gruppen von Priestern, Ordensleuten, Theologen oder Theologiestudierenden zusammen, vielmehr diskutierten sie die unterschiedlichsten Themen auch gemeinsam. Ausgehend von je spezifischen Länderanalysen wurden in den vielen Kommissionen eine beeindruckende Breite politischer und theologischer Themen kontrovers diskutiert. Aber das Interesse dieses lateinamerikanischen Treffens war nicht nur der Austausch unterschiedlicher Situationsanalysen von Kirche und Gesellschaft, sondern der Austausch im Blick auf eine gemeinsame Strategie gegen die Ausbeutung der Vielen in Lateinamerika. Auch wenn diese Diskussion unter den damals als angemessen verstandenen analytischen Kriterien geschah, erscheint doch der kategorische Imperativ, unter den sich dieses Treffen gestellt hatte, heute wie eine prophetische Mahnung angesichts eines neoliberal globalisierten Kapitalismus: „Wenigstens eines ist klar. Die vom imperialistischen Kapitalismus beherrschten Völker müssen sich zusammenschließen, um diese Situation der Unterdrückung zu überwinden. Aber diese Vereinigung, die so logisch erscheint, ist nichts Einfaches,

schon weil die externe Abhängigkeit die Uneinigkeit bevorzugt, die Uneinigkeit, die andererseits entweder eindeutig oder subtil vom Imperialismus genährt wird. Deshalb rufen wir, die Christen, die sich hier versammelt haben, aus allen Ländern Lateinamerikas, die ausgebeuteten Klassen und die beherrschten Länder auf, sich zusammenzuschließen und ihre Rechte zu verteidigen, und nicht um Hilfe zu betteln.“

Fazit

Die CPS sind weder an einer Instrumentalisierung des Glaubens, noch an einer illegitimen Verwendung sozialwissenschaftlicher, bzw. marxistischer Instrumentarien gescheitert. Sie sind auch nicht, wie heutzutage mancherorts behauptet wird, an einer Überbetonung, bzw. „Reduktion“ gesellschaftlicher Widersprüche auf das Ökonomische gescheitert. (5) Was die Notwendigkeit der gesellschaftsanalytischen Vermittlung von Theologie, die Frage des politischen Engagements und die Wertschätzung politischer Organisationen angeht, haben die CPS wie auch insgesamt die erste Generation der Befreiungstheologie Maßstäbe gesetzt. Gescheitert sind die CPS am Militärputsch von 1973 und letztlich der kritischen Einstellung der kirchlichen Hierarchie ihnen gegenüber. Dabei handelte es sich übrigens nicht nur um ein chilenisches Phänomen. Gewalt und Repression gab es nicht nur in Chile, sondern auch in Brasilien, Uruguay, Argentinien und Bolivien. Und es waren auch nicht unbedingt nationale Kirchen, sondern auch der ab 1972 einsetzende politische Umschwung der lateinamerikanischen Bischofskonferenz CELAM, in der die kritischen und die Befreiungstheologie bekämpfenden Kräfte immer stärker wurden.

*Michael Ramminger*

Anmerkungen:

- (1) Vgl. Fernando Castillo, Theologie der Sozialwissenschaften, in: Evangelium, Kultur und Identität, Kuno Füssel/ Michael Ramminger (Hg.), S. 34
- (2) Fernando Castillo, Basisgemeinden, Glaube und Politik, in: Evangelium, Kultur und Identität, S. 259
- (3) Für die deutschen LeserInnen: Der Begriff des Volkes, oder *pueblo, popular* ist in der Befreiungstheologie immer ein emanzipatorisches Projekt der Befreiung und an die Überwindung von Ungleichheit und gesellschaftlicher Gewaltförmigkeit gebunden.
- (4) Man sollte die bis heute virulente Problematik darin nicht unterschätzen. Vgl. auch Lenins Überlegungen in „Was tun?“ zu Aufgaben und Charakter einer revolutionären Partei (1902) und seinen Brief an das Zentralkomitee der Partei im September 1917
- (5) vgl.: Michael Ramminger, Lesarten der Befreiungstheologie im Widerstreit: G. Gutiérrez, Nachfolge Jesu und die Option für die Armen, in: Concilium 5, Dezember 2009.

## **Wortmeldung der Niederländischen Ökumenischen Gemeinde zu Berlin. Nach dreißig Jahren: Wir müssen über Sozialismus reden**

Dreißig Jahre „Friedliche Revolution in der DDR“ - es wird gefeiert. Was wird eigentlich gefeiert? Gefeiert wird der Systemwechsel in der DDR. Gefeiert wird auch der Beginn des atemlosen Weges zur Renaissance des einheitlichen deutschen Nationalstaates. Gefeiert wird der Sieg der Marktwirtschaft über die Planwirtschaft und damit der endgültige Erweis der Überlegenheit des Kapitalismus über höchst unzulängliche sozialistische alternative Versuche.

In den Kirchen und in ihrem Umfeld kommt die feierliche Erinnerung an die dreigliedrige „Ökumenische Versammlung“ hinzu. Sie war die praktische Umsetzung des „Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Dieses Programm der ökumenischen Bewegung, nur sechs Jahre zuvor bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), 1983 in Vancouver auf den Weg gebracht, hatte in der DDR große Aufmerksamkeit gefunden. Die „Ökumenische Versammlung“ war „Wegweiser der Friedlichen Revolution“ schreibt die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK).(1). Der Konziliare Prozess war „Wegbereiter der friedlichen Revolution in der DDR“ schreibt der Pressebeauftragte des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Stephen Brown (2). Ähnliche Urteile sind allenthalben zu hören.

In diesem Zusammenhang gibt es offenkundig einen Widerspruch: Der Konziliare Prozess setzte seine drei Schwerpunkte von Anfang an gegen die bestehende Welt-Unordnung. Unzählige Erklärungen ökumenischer Gremien, konfessioneller Weltbünde bis hin zum Papst haben immer wieder in aller Klarheit und Schärfe ausgesprochen: Die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsweise ist nicht zukunftsfähig. Sie steht für Konkurrenz statt Koexistenz. Sie fordert die private Aneignung des Gewinnes und entzieht diesen dem Gemeinwohl. Sie denkt kurzfristig profitorientiert, nie langfristig menschenorientiert. Inzwischen gibt es weltweit ein Bewusstsein dafür, dass nicht nur Hunger und Gewaltstrukturen, sondern auch die irreversible Zerstörung der Grundlagen unseres Lebens unmittelbar mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise zusammenhängen.

Aber im Herbst 1989 hat in der Mitte Europas faktisch eine sprunghafte Ermächtigung dieser Welt-Unordnung stattgefunden. Offensichtlich ging es dabei nicht nur um den Kleinstaat DDR, sondern um die Staatengemein-